Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Roeckner,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehans,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke; Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank."

Nr. 129.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 20. Februar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

Politische Uebersicht.

Posen, den 20. Februar.

Zu den Berathungen der beiden Abtheilungen des Staatsraths, welche am 26. d. M. im Saale des Bundesraths, Wilhelmstr. 74, beginnen werden, sind, wie bereits telegraphisch gemeldet, auf Befehl des Kaisers als sachkundige Personen eingeladen worden: der Schlossermeister Deppe zu Magdeburg, der Werkmeister Spengler zu Mettlach, der Bautischlermeister Vorderbrügge zu Bielefeld, der Generalsekretär Hitze zu München-Gladbach, der Putzer Buchholz zu Berlin, Arbeitervertreter der nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft und nicht ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts, ferner der Direktor Schlittgen zu Marienhütte bei Kotzenau und der Fabrikbesitzer H. Freese zu Berlin. In Herrn Hitze ist einer der besten und kundigsten Arbeiterfreunde und in Putzer Buchholz ein wirklicher Arbeiter zu den Berathungen zugezogen worden, auch die Herren Deppe, Spengler und Vorderbrügge stehen mitten im werkthätigen Volke. Da der „Staatsanzeiger" diese Meldung mit einem „wie wir hören" begleitet, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Berufungen folgen.

In einer hochoffiziösen Korrespondenz der „Hamb. Nachr." aus Berlin wird wieder darauf hingewiesen, daß in der Staatsrathssitzung der Reichskanzler den Kaiser nicht gebeten habe, die Sitzung zu schließen, sondern nur, wie bereits mitgetheilt, dem Kaiser bemerkt habe, der Staatsrath werde sofort dem Befehl des Kaisers entsprechen u. s. w. Die Berichtigung im „Staatsanzeiger" hätte der Auffassung den Boden entziehen sollen, als ob der Reichskanzler einen vorzeitigen schnellen Schluß der Staatsrathssitzung habe herbeiführen wollen. Es heißt dann weiter in diesem sonderbaren Artikel:

„Bei dieser Gelegenheit ist vielleicht darauf hinzuweisen, daß Fürst Bismarck seit Beginn seiner staatsmännischen Laufbahn in Gemäßheit seiner bekannten streng monarchischen Gesinnung unverbrüchlich den Grundsatz befolgt, dem einmal ausgesprochenen Willen des Souveräns gegenüber nur noch eine Pflicht zu kennen: die der bestmöglichsten Ausführung der Absichten des Herrschers. Was die sachliche Meinungsverschiedenheit zwischen Kaiser und Kanzler betrifft, die vor Publikation der Erlasse bestanden und in einer Modifikation dieser ihren Abschluß gefunden haben soll, so wird dieselbe wohl überschätzt."

Es wird dann ausgeführt, daß der Kaiser und Kanzler übereinstimmen in dem Endziel, „daß der Staat alles, was ihm oblag, gethan haben müsse, um, wenn die Nothwendigkeit einer gewaltsamen Abwehr des sozialistischen Umsturzes eintrete, seine Entschlüsse mit ruhigem Gewissen fassen zu können. Weiterhin schließt der interessante Artikel, wie folgt:

„Wenn hier und da befürchtet wird, daß die kaiserliche Initiative, weil sie von der Sozialdemokratie dazu gemißbraucht werde, die Begehrlichkeit der Arbeiterwelt nur noch mehr aufzustacheln, eine Beschleunigung der sozialen Katastrophe zur Folge haben könne, so wird dabei Eines übersehen: entweder ist diese Katastrophe vermeidlich, dann bieten die Reformen und Repressalien, wie sie Kaiser und Kanzler gleichmäßig wollen, die einzige Möglichkeit, diesem Ziele zu entsprechen; oder die Katastrophe ist unvermeidlich, dann ist aus nahe liegenden Gründen nur zu wünschen, daß die Krisis bald überwunden werde, d. h. so lange eine schnelle und kräftige Aktion noch sicher zum Ziele zu führen verspricht."

Der Wiederherstellung ruhiger Zustände auf Samoa treten immer neue Schwierigkeiten in den Weg. Nachdem die politischen Wirren ein vorläufiges Ende gefunden haben, berichten Meldungen aus Apia vom 27. Januar, die in Newyork eingegangen sind, von einem „finanziellen Skandal", der die Inseln bewege:

Nach dem soeben veröffentlichten Finanzausweis der Regierung Tamaseses sollte Eigenthum im Werthe von 2400 Pfd. Sterl. und 500 Pfd. Sterl. in baarem Gelde der Regierung Malietoas übergeben werden, aber es hat sich ergeben, daß dieser ganze Ueberschuß der deutschen Firma, welche als Schatzmeister des deutschen Konsuls fungirte, für angeblich gelieferte Waaren u. s. w., die indeß nicht spezifizirt sind, verpfändet worden ist. Die von den Mächten ernannte Kommission wird voraussichtlich die Angelegenheit untersuchen und Belege fordern.

Das dem wieder eingesetzten Malietoa angeblich entzogene Werthobjekt würde sich hiernach auf ca. 58 000 M. belaufen. Die Form, in welche die amerikanische Quelle die Nachricht von dieser Entziehung kleidet, spricht nicht gerade für eine Besserung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Amerikanern auf Samoa. Ohne Zweifel wird der Rechtstitel der deutschen Firma auf jene Objekte, wenn sie sich auf einen solchen beruft, die Prüfung vertragen, da sich voraussetzen läßt, daß der deutsche Konsul bei seinen nahen Beziehungen zu dieser Firma seinen Einfluß angesichts der neuen Gestaltung der Dinge nicht mehr gegen Malietoa, sondern soweit als thunlich für ihn wirksam sein läßt.

Nach einer der „Voss. Ztg." aus Paris zugehenden Meldung verlautet dort gerüchtweise, die Regierung wolle den Prinzen Philipp von Orleans gleich nach Ablauf der Berufungsfrist, ja vielleicht schon heute, begnadigen und ohne Aufsehen an die Grenze bringen lassen.

Die Stellung Englands zu der internationalen Konferenzfrage in Sachen des Arbeiterschutzes ist von dem komtistischen Philosophen Harrison in einem Artikel beleuchtet worden. Er kommt zu dem Schlusse, daß England die Einladung bereitwilligst anzunehmen habe. Lord Salisbury würde einen großen Fehler begehen, wenn er nicht eifrigst darauf eingehen würde. Freilich dürfe man nicht voraussetzen, daß die Regierung sich sofort zu neuer Gesetzgebung zur Einschränkung der freien Arbeit verpflichten solle. „Nach den gesunden Ueberlieferungen der letzten sechszig Jahre — meint Harrison — kann dies nur nach einer ungeheuren Masse öffentlicher Erörterungen und durch die überwältigenden Aussprüche der Arbeiter an den Stimmurnen Gesetz werden. Für englische Politiker und für die Welt ist das eine so bekannte Thatsache, daß keine britische Regierung unter einer anderen Voraussetzung einer solchen Konferenz beiwohnen könnte. Diese Wahrheit dem Geiste des jungen Herrn von vierzig Legionen und seinem mächtigen Diener (Bismarck) einzuprägen, wäre für beide eine gesunde Lehre." Im Folgenden sucht Harrison noch auszuführen, daß England im Grande für die sogenannte sozialistische Gesetzgebung mehr gethan, als ein anderer Festlandstaat, so daß Kaiser Wilhelm und der Fürst Bismarck eigentlich der deutschen Industrie den Geist der englischen einflößen sollten. Trotzdem aber sei ihr Vorgehen ein neuer Schritt auf dem Wege der Industriefrage und Englands Pflicht bestehe darin, sie zu unterstützen, ihnen zuzuhorchen und nöthigenfalls sie zu belehren.

Die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und dem außerordentlichen englischen Abgesandten Sir Lintorn Simmons in Rom haben bereits zu einem Resultate geführt. Einer römischen Zuschrift der „Polit. Korr." zufolge hat der Vatikan mit General Simmons bezüglich der gemischten Ehen zwischen Katholiken und Protestanten auf der Insel Malta ein vorläufiges Uebereinkommen getroffen. In Beantwortung der Interpellation, welche in Betreff dieses Gegenstandes an Lord Salisbury gerichtet wurde, erklärte derselbe vor einigen Tagen, daß die offizielle Mission des englischen Abgesandten sich auf die Regelung religiöser Fragen auf der Insel Malta beschränke. Das hindert selbstverständlich General Simmons nicht, mit dem Vatikan offiziöse Pourparlers über alle Angelegenheiten zu eröffnen, welche das Papstthum und den Katholizismus in dem ganzen britischen Reiche interessiren.

Deutschland.

*** **Berlin**, 19. Februar. Ueber das Ergebniß der morgen bevorstehenden Reichstagswahlen wird dieses Mal außerordentlich wenig konjekturirt, wenn man davon absieht, daß hie und da der zweifellose Sieg einer Partei angekündigt wird, um den Parteigenossen Muth zu machen. In der That läßt das Ergebniß sich schwerer berechnen als sonst, zunächst infolge der weitgehenden Zersplitterung der Parteien und der großen Zahl der Kandidaten. Wenn das „Antikartell", von dem in der Kartellpresse immer die Rede ist, d. h. das Wahlbündniß der Oppositionsparteien in Wirklichkeit bestände, so würden die Wahlverhältnisse sehr viel einfacher liegen. Einem Kandidaten des Kartells würde immer nur ein einziger Kandidat der Opposition gegenüberstehen. Bei den gegenwärtigen Parteiverhältnissen ist daran natürlich nicht zu denken. Die Folge wird eine große Zahl von Stichwahlen sein und bei diesen wird dann allerdings die Theorie des kleineren Uebels in weitestem Umfang zur Anwendung gebracht werden müssen, wenn nicht schließlich die Kartellparteien doch noch triumphiren sollen. Ohne Zweifel wird man auch jetzt wieder von Vorschlägen hören, die Stichwahlen zu beseitigen und die Wahl der Abgeordneten durch die relative Majorität zuzulassen. In gewissem Sinne wäre diese Einrichtung allerdings von Vortheil. Denn, wenn die Möglichkeit von Stichwahlen ausgeschlossen ist, wird den Oppositionsparteien nichts anderes übrig bleiben, als sich schon im ersten Wahlgange über den Kandidaten zu verständigen, den durchzusetzen sie im Stande sein werden. Die Ausübung des Wahlrechts ist nun einmal noch etwas anderes als die Ablegung eines politischen Glaubensbekenntnisses. Es handelt sich vor allem um eine Handlung praktischer Politik und wenn man sich dazu entschließt, wird man nicht umhin können, sich so einzurichten, daß der Wahlakt im Parteiinteresse von Erfolg ist. In der Kartellpresse wird man mit den Kombinationen über das Wahlergebniß sehr schnell fertig. Man giebt sich dort wenigstens den Anschein zu hoffen, daß die Sozialdemokraten ihre Erfolge in der Hauptsache auf Kosten der Freisinnigen davontragen werden. Dieser Kalkul wird sich sehr wahrscheinlich als falsch erweisen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Freisinnigen den einen oder anderen Sitz an die Sozialdemokraten verlieren, aber man hat vollen Grund, anzunehmen, daß sie einen reichlichen Ersatz für diese Verluste in anderen, jetzt vom Kartell beherrschten Wahlkreisen finden werden. Vielleicht würde diese Hoffnung noch in weiterem Umfang berechtigt sein, wenn die freisinnige Wahlorganisation nicht nur in den bisher inne gehabten Sitzen, sondern auch in früher fortschrittlichen Wahlkreisen eine wirksamere wäre. In einzelnen östlichen Wahlkreisen fehlt es gerade an der Wahlorganisation, so daß, als sich die Aussicht zeigte, den einen oder anderen dieser Wahlkreise zu erobern, der Mangel an Vertrauensmännern und dergl. eine Ausnutzung der günstigen Stimmung der Bevölkerung unmöglich machte. Gerade mit Rücksicht darauf, daß die morgenden Wahlen für 5 Jahre gelten, hätte man sich in dieser Hinsicht besser vorsehen müssen.

— Der Kaiser empfing vorgestern Abend 7½ Uhr den Staatssekretär des Staatsraths Dr. Bosse zum Vortrage. Später waren die Minister v. Scholz und v. Schelling, der Staatssekretär des Staatsrathes Dr. Bosse, der Geheime Legationsrath Kayser und Professor Dr. Schottmüller von dem Kaiser und der Kaiserin mit Einladungen zur Abendtafel beehrt worden. — Gestern Vormittag unternahm der Kaiser und die Kaiserin eine gemeinschaftliche Spazierfahrt nach dem Thiergarten und eine Promenade in den dortigen Anlagen. — Nach der Rückkehr nach dem hiesigen königlichen Schlosse hörte der Kaiser von 10½ Uhr ab den Vortrag des Staatsministers Freiherrn v. Berlepsch, arbeitete darauf um 11 Uhr mit dem Chef des Zivilkabinets, Dr. v. Lucanus, empfing im Anschluß daran den Staatsminister v. Goßler zum Vortrage, und sprach kurz vor der Mittagstafel den General-Lieutenant v. Wittich.

— Die Kaiserin Friedrich unternahm vorgestern Nachmittag mit den Prinzessinnen Victoria und Margarethe eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Abends bald nach 7 Uhr begab sich dieselbe mit den beiden Prinzessinnen-Töchtern zu den erbprinzlich sachsen-meiningenschen Herrschaften, bei welchen aus Anlaß ihres Hochzeitstages das Diner stattfand. Um 10 Uhr kehrte die Kaiserin Friedrich mit den beiden Prinzessinnen dann wieder in ihr Palais zurück.

— Die Vernehmung von Sachverständigen von Seiten der mit der Berathung der Arbeiterfrage betrauten Abtheilungen des Staatsraths wird sich auf Industriearbeiter, Handwerksmeister und Handwerksgesellen, sowie auf Personen erstrecken, die sich besonders mit der Arbeiterfrage beschäftigt haben.

— Es war mehrfach mitgetheilt worden, daß zu der am 14. d. M. stattgehabten Eröffnungssitzung des Staatsraths kein kommandirender General und kein Oberpräsident besonders eingeladen worden sei. Dies ist jedoch nach der „Köln. Ztg." ein Irrthum. Thatsächlich sind zu der gedachten Sitzung der kommandirende General des 7. Armeekorps, Herr v. Albedyll, sowie der Oberpräsident von Westfalen, Herr Studt, und der Oberpräsident von Schlesien, Herr v. Seydewitz, durch besondere Aufforderung berufen worden und auch erschienen.

— Der Geheime Legationsrath v. Kusserow, der als Vertrauensmann des Fürsten Bismarck gilt, hat zum großen Aerger des „Reichsboten" in Wesel als Kartellkandidat auf eine Anfrage über seine Stellung zum Antisemitismus gesagt:

Es ist immer ein Vorzug, wenn man nicht zum ersten Male in einer Frage interpellirt wird. Dieselbe Frage wurde mir in Bremen vorgelegt, und ich hatte nicht Unglück mit meiner Antwort. Ich werde mir erlauben, ungefähr wörtlich wiederzugeben, was ich damals sagte: „Ich halte die Judenhetze für in hohem Maße verwerflich, namentlich wenn sie von sogenannten Gebildeten betrieben wird." Ich fügte noch hinzu: „Wenn ein Geistlicher sich dazu hergiebt, so prostituirt er das Christenthum." (Lebhafter Beifall.)

Diese Worte, so sagt die „Voss. Ztg.", sind gewiß treffend; indessen hätte sich Herr von Kusserow ein größeres Verdienst erworben, wenn er sie in jener Zeit gesprochen hätte, in welcher die „Berliner Bewegung" hoch ging. Heute gehört kein großer Muth mehr zur Brandmarkung der Stöckerei, nachdem ihr Meister ein stiller Mann geworden ist.

— Aus Anlaß des Rücktritts des Bürgermeisters von Bremen Otto Gildemeister, schreibt der parlamentarische Korrespondent der „Bresl. Ztg.":

Der Bürgermeister von Bremen, Otto Gildemeister, der das Schiff des kleinen Freistaats in aufgeregter Zeit mit sicherer Hand gelenkt hat, hat seine Versetzung in den Ruhestand erbeten und erhalten, um sich ganz seinem eigentlichen Berufe, der literarischen Produktion zu widmen, für die er bisher nur Nebenstunden übrig behalten hat. Eine Handelsstadt wie Bremen ist dazu bestimmt,

von Großkaufleuten und von Juristen regiert zu werden; in Hamburg und Lübeck ist es von jeher so gewesen. Bremen hat das Eigenthümliche, daß seine beiden einzigen Bürgermeister, die es über die Grenzen der Vaterstadt hinaus zu einem Rufe gebracht haben, Smidt und Gildemeister, weder dem einen noch dem anderen Stande angehörten. Smidt war von Hause aus Theolog, Gildemeister Philologe, oder wie man sich auszudrücken liebt, Neusprachler. Er gehörte der Berliner Gesellschaft „Tunnel über die Spree" an, aus der so viele poetische Kapazitäten hervorgegangen sind, widmete aber seine poetische Kraft nicht eigenen Produktionen, sondern der Uebersetzung fremder Meister. Seine Byron-Uebersetzung ist nach meiner Ansicht ein unübertreffliches Meisterweck, durch welches Byron erst den Deutschen wahrhaft zugänglich geworden ist. Er ließ die Shakespeare'schen Sonnette, Ariost, Dante in gleicher Vollkommenheit folgen. Nach Bremen zurückgekehrt, übernahm er die Redaktion der „Weserztg." und hier habe ich seine Spuren Jahre lang mit dem größten Interesse und mit dem stets lebendigen Wunsche, möglichst von ihm zu lernen, verfolgt. Nach meinem Urtheile sind in deutscher Sprache nie bessere Leitartikel geschrieben worden, wie die seinigen, stets vollkommen abgerundet, das Interesse selbst desjenigen fesselnd, der sich für den behandelten Gegenstand wenig interessirte. Namentlich volkswirthschaftliche Themata behandelte er stets in ebenso gründlicher als anziehender Weise, in einer Zeit, als die Volkswirthschaft noch für ein Gebiet galt, das Jeder vermeiden müsse, der nicht ein Vergnügen daran finde, sich zu langweilen. Der Bürgermeister Smidt erkannte sehr bald seine hervorragende Begabung und machte ihn zum „Regierungssekretär", das heißt zum Hilfsarbeiter des Senats. Von hier aus gelangte er so schnell als möglich in die Stellungen eines Senators und Bürgermeisters. Und hier fiel ihm die Aufgabe zu, die Verhandlungen zu leiten, die zunächst den Anschluß Bremens an das Deutsche Reich und dann an den Zollverein betrafen.

— Der Entwurf zu einem Gesetze, betreffend die Gewerbegerichte, wie er von den Bundesrathsausschüssen ausgearbeitet und an das Plenum gebracht ist, ist, abgesehen von den ganz neuen Bestimmungen über die Gewerbegerichte als Einigungsämter, im Allgemeinen auf dem Grunde der Vorlage vom Jahre 1878 unter thunlichster Berücksichtigung der zu derselben vom Reichstage in zweiter Lesung gefaßten Beschlüsse aufgebaut. Im Einzelnen sind jedoch nicht unerhebliche Aenderungen vorgenommen, offiziös zu denen Folgendes bemerkt wird:

Um festzustellen, wie weit der Kreis der Arbeitgeber und Arbeiter, auf welche das Gesetz Anwendung finden soll, sich erstreckt, ist es diesmal empfehlenswerth erschienen, den Begriff des gewerblichen Arbeiters in dem Umfange, welchen der Anwendungskreis des siebenten Titels der Gewerbeordnung angiebt, zu Grunde zu legen. Dadurch ist eine besondere Bestimmung, daß Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und Handelsgeschäften nicht als Arbeiter im Sinne des Gesetzes gelten, wie dies in § 21 der Vorlage vom Jahre 1878 geschehen war, überflüssig geworden, da auf die bezeichneten Personen nach § 154, Absatz 1 der Gewerbeordnung die Vorschriften des siebenten Titels überhaupt keine Anwendung finden. Eine erhebliche Erweiterung gegenüber den Bestimmungen im gegenwärtig zu Recht bestehenden § 120a. der Gewerbeordnung enthält der Entwurf insofern, als er auch den Bergwerksbetrieb den Bestimmungen über die Gewerbegerichte und Einigungsämter unterstellt. Mit Rücksicht auf die Erfahrungen der jüngst vergangenen Zeit wird dies auch nicht auffällig erscheinen. Da für die Bergarbeiter nicht der ganze siebente Titel der Gewerbeordnung, sondern nach dem § 154 Absatz 4 nur einzelne Vorschriften desselben Geltung besitzen, so ist es geboten erschienen, die Anwendbarkeit des Gesetzes nach dieser Richtung durch ausdrückliche Bestimmung außer Zweifel zu setzen. Von einer besonderen Definition des Begriffs des Arbeitgebers hat man absehen zu sollen geglaubt, da er sich mit Rücksicht auf die Feststellung des Begriffs des Arbeiters von selbst ergiebt. Einer besonderen Prüfung hat die Frage unterlegen, inwieweit die in der Hausindustrie beschäftigten Personen unter das Gesetz fallen sollen. Die Stellung dieser Personen ist in den verschiedenen Industrien und Gebieten eine sehr mannigfache, derart, daß dieselben bald überwiegend als selbständige Gewerbetreibende, bald als bloße Arbeiter erscheinen. Eine durchgreifende Norm, nach welcher die in der Hausindustrie beschäftigten Personen als Arbeiter angesehen werden sollen, war deshalb für die Zwecke des Gesetzes nicht angängig; auch eine nur dispositive Vorschrift, nach welcher die bezeichnete Regel in Ermangelung einer entgegenstehenden Bestimmung des Ortsstatuts Anwendung finden soll, war bei der schwer zu übersehenden Tragweite einer derartigen Vorschrift am besten zu vermeiden. Der Entwurf überläßt es daher lediglich den Statuten bezw. der Verfügung der Zentralbehörde, die Frage nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse zu entscheiden. Wird eine Bestimmung darüber im einzelnen Falle nicht getroffen, so unterstehen die betreffenden Personen dem Gesetze überhaupt nicht, oder, falls sie ihrerseits Arbeiter beschäftigen, nur in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber. Daß im letzteren Falle die Streitigkeiten derselben mit ihren Arbeitern der Zuständigkeit des Gewerbegerichts unterliegen sollen, versteht sich von selbst.

— Aus dem rheinisch-westfälischen Kohlengebiete liegen weitere Kundgebungen der Unzufriedenheit der Bergarbeiter mit der Leitung des Bergarbeiterverbandes vor. So hat die Zahlstelle Sterkrade folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da in Folge der Erklärung unseres zweiten Vorsitzenden, Herrn Schröder aus Dortmund, in Betreff der Sozialdemokratie, sämmtliche Bergleute Deutschlands und speziell des Verbandes der Sozialdemokratie beschuldigt werden, erklären die Mitglieder der Zahlstelle Sterkrade Folgendes: „Wir Bergleute haben uns von jeher unter der Führung des Zentralvorstandes in Bochum glücklich gefühlt und ihm auch das volle Vertrauen in Bezug auf die bergmännischen Interessen voll und ganz geschenkt; jedoch nach der Erklärung des Herrn Schröder zur Sozialdemokratie sehen wir den Vorstand des Verbandes auf demselben Wege wandeln und dadurch sehr viele Mitglieder folgen. Da wir aber so etwas nicht gewillt sind, beantragen wir, daß Seitens des Zentralvorstandes eine Erklärung abgegeben wird, in wie fern der Vorstand sich zur Sozialdemokratie stellt. Wir Bergleute von Sterkrade wollen keine Sozialdemokraten sondern treue Reichs- und Vaterlandsbürger sein und bleiben und verweisen auf den § 1 des Statuts, der da sagt: Religion und Politik sind total ausgeschlossen!! Sollte eine diesbezügliche Erklärung nicht erfolgen, so beantragen wir, eine Neuwahl des Zentralvorstandes noch vor der Reichstagswahl vorzunehmen, und zwar bis spätestens den 17. d. Mts., mit dem Bemerken, daß wir alle Vorkehrungen treffen werden und unsere Kameraden auffordern, ein Gleiches zu thun, uns anschließend an die Worte Sr. Majestät des deutschen Kaisers Wilhelm II., welcher zu der deutschen Bergarbeiterdeputation sagte: „Vor meinen Augen ist ein Sozialdemokrat gleich einem Reichs- und Vaterlandsfeind."

— Zur Verhaftung Fritz Görcki's erfährt das „Kleine Journal" folgende Einzelheiten: Die unkorrekten Manipulationen Görcki's datirten bereits seit geraumer Zeit, wurden indessen durch das finanzielle Eingreifen seiner Angehörigen, wenn nicht beglichen, so doch hinausgeschoben. In der zweiten Hälfte des verflossenen Jahres hat Görcki nicht weniger als 4 Wechsel über je 5000 Mark und in allerletzter Zeit noch einen fünften Wechsel über 1500 Mark auf den Namen seiner Ehefrau gefälscht. Diese hat auch die Betrügereien Görcki's schließlich zur Anzeige gebracht. Zur Deckung laufender Ausgaben bei seinen vielfachen Bauunternehmungen gebrauchte der Zimmermeister Dorsch in der Havelberger-Straße 31 in Moabit gelegentlich Geld und wandte sich diesfalls an den Töpfermeister Backhaus, mit dem Dorsch durch den Neubau seines Hauses in Geschäftsverbindung stand. Backhaus und Dorsch trafen nun eines Tages Görcki in einer Restauration in der Kochstraße; dieser bot sich bereitwilligst an, Geld zu schaffen. Dorsch gab ihm ein Accept auf 1500 Mark gegen Quittung über den zur Discontirung empfangenen Wechsel. Dorsch wartet noch heute auf das Geld, dagegen erhielt er einige Zeit später eine anonyme Zuschrift von weiblicher Hand, in welcher ihm mitgetheilt wurde, daß Görcki den Wechsel von Dorsch, nachdem er noch die Unterschrift einer anderen Person auf demselben gefälscht, einem gewissen Friedrichs in der Prinzenstraße an Zahlungsstatt gegeben habe. Auf diese Denunziation hin, als deren Urheberin von dem Anwalte Dorsch's die eigene Ehefrau Fritz Görckis, deren Unterschrift ihr Mann auf dem Wechsel gefälscht, zweifellos festgestellt wurde, begab sich Dorsch zu Friedrichs und erfuhr von diesem, daß Görcki von Friedrichs 200 Mark in Baar erhalten habe, während 456 Mark ihm als Schuldforderungen für gelieferte Waare angerechnet worden sind. Für den Betrag von 656 Mark müsse denn auch nach zivilrechtlicher Verhandlung Dorsch aufkommen, und derselbe erstattete, nachdem er weder von Görcki, noch von dessen Schwiegervater Zahlung erlangt, gegen Görcki Anzeige wegen Unterschlagung bei der Staatsanwaltschaft. Auf Grund dieser, sowie auf die Anzeige eines Bauunternehmers in Charlottenburg erfolgte denn auch dessen Verhaftung in seiner in der Chausseestraße belegenen Wohnung, woselbst er bei dem Bauunternehmer Kraatz, mit dem er in Geschäftsverbindung stand, in letzter Zeit gewohnt. Im Anschlusse an den Fall Görcki erfährt das „Kleine Journal", daß voraussichtlich demnächst noch eine weitere mit demselben indirekt in Beziehung stehende Verhaftung wegen Meineides erfolgen dürfte. Die Staatsanwaltschaft hat die Angelegenheit bereits in Händen.

— Ueber Dr. Peters weiß man heute noch ebenso wenig etwas Gewisses, wie vor zwei Monaten, als das Gerücht von seiner Ermordung durch die Somalis am oberen Tana noch keine bestimmte Widerlegung gefunden hatte. Die Meldung der französischen Missionare, daß sie Dr. Peters bei Subakini am Tana getroffen hätten, hat sich als eine Verwechselung herausgestellt. Subakini liegt nur einige Tagereisen von der Küste entfernt; der Vermißte hätte also, so schreibt die „Kr. Z.", schon längst wieder in unserem Gesichtskreise erscheinen müssen. Anscheinend haben die algierischen Missionare auf ihrem Zuge den Tana aufwärts einen Theil der Petersschen Expedition angetroffen, die vielleicht den in schwer krankem Zustande befindlichen Kapitän-Lieutenant Rust und diesen mit Peters selbst verwechselt. Daraus, daß Dr. Peters sich nicht auf dem Rückwege zur Küste befindet, geht hervor, daß ihm die Meldungen von der Ankunft Emin Paschas an der Küste nicht zugegangen sind, er auch die Weisung des Berliner Komites zur Umkehr nicht erhalten hat. Er ist also unmittelbar nach dem Kenia zugegangen und wahrscheinlich darüber hinaus in nordöstlicher Richtung weiter gezogen. Danach muß er sich gegenwärtig in der Nähe des Viktoria-Niansa befinden. Man fragt sich aber, was er eigentlich dort machen will. Bekanntlich haben ihn alle Expeditionen nicht erreicht, welche ihm nachgesandt wurden, um ihm allerhand fehlende Bedürfnisse nachzuführen. Es fehlte ihm nicht nur an Tauschwaare, sondern auch an Proviant. Schlunke, Borchert, Rust wurden von allerhand Hindernissen und Unglücksfällen betroffen und mußten umkehren und die Einholung der Hauptkarawane aufgeben. Dr. Peters hat daher nur einen sehr kleinen Zug von Mannschaften bei sich, etwa 25 Mann und einige Kammele; ihm fehlen außerdem noch die Waaren, welche man zu einer Reise in Afrika nöthig hat. Sollte er wirklich Uganda erreichen und dort bei dem wiedereingesetzten und den Europäern freundlich gesinnten König Muanga gute Aufnahme finden, so kann er aus Mangel an Mitteln doch nicht nach Gebühr auftreten, oder etwas Rechtes beginnen. Der Zweck seines raschen Zuges, ohne einen Nachschub zu erwarten, ist daher nicht zu erklären.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien,** 18. Februar. („Voss. Ztg.") Im Klub der vereinigten deutschen Linken widmete Abg. von Plener dem

---

Kaiser Josef II.

Ein Gedenkblatt zur hundertsten Wiederkehr seines Todestages.
(20. Februar 1790.)

Von Ludwig von Hohenthal.

II.

[Nachdruck verboten.]

Ein ähnliches Mißgeschick, wie über seinem Eheleben, waltete über Josef II. als Staatsmann und Regenten. Freudiger als er haben sich wohl wenige für den Thron Geborene darnach gesehnt, die Unterthanen mit allen Segnungen einer guten und gerechten Regierung zu beglücken, und mehr enttäuscht sind sie wohl selten aus dem Leben geschieden. Josefs Beschreiten der politischen Bühne stammt aus dem Jahre 1764, wo ihn das Kurfürstenkollegium des deutschen Reiches zum römischen König, also zum bezeichneten Nachfolger seines Vaters in der Kaiserwürde, wählte. Die klassische Schilderung dieses Akts hat uns kein Geringerer als Goethe in „Wahrheit und Dichtung" geliefert. „Der junge König schleppte sich in den ungeheuren Gewandstücken mit den Kleinodien Karls des Großen wie in einer Verkleidung daher, so daß er selbst, von Zeit zu Zeit seinen Vater ansehend, sich des Lächelns nicht enthalten konnte. Die Krone, welche man sehr hatte füttern müssen, stand wie ein übergreifendes Dach vom Kopfe ab. Die Dalmatika, die Stola, so gut sie auch angepaßt und eingenäht worden, gewährte doch keineswegs ein vortheilhaftes Aussehen. Scepter und Reichsapfel setzten in Verwunderung; aber man konnte sich nicht leugnen, daß man lieber eine mächtige, dem Anzuge gewachsene Gestalt, um der günstigen Wirkung willen, damit bekleidet und ausgeschmückt gesehen hätte." Daß Goethe sich nicht in dieser Wahrnehmung getäuscht, beweisen die Briefe, welche Josef in dieser Zeit geschrieben. Er hat mit seinem klaren Verstande diese Krönungsfeier mit dem gesammten Pomp, welcher sich daran schloß, für eine Maskerade gehalten, ebenso wie die Würde, welche sie verlieh, äußerst problematisch war. Das deutsche Reich lag seit dem westfälischen Frieden im Sterben, die einzelnen Fürsten thaten ohne Rücksicht auf das Oberhaupt, was ihnen gut dünkte. Die Vorbilder, nach welchen sie sich richteten, waren Ludwig XIV. und seine Nachfolger zu Versailles. In ihrem Wesen so undeutsch wie nur möglich, mußten sie sich von der strengen Gesittung, von der patriarchalen Ehrbarkeit, wie sie unter Maria Theresia in der Hofburg zu Wien herrschten, geradezu abgestoßen fühlen. Man darf nicht vergessen, in welche Epoche Josef vom Zufall gesetzt war; es war die Zeit, wo von Kassel aus der Menschenschacher betrieben wurde, wo jeder Duodezfürst des heiligen römischen Reiches deutscher Nation sein Trianon und seinen Hirschpark haben wollte. Die Kaiserwürde, ihren Selbständigkeitsgelüsten ohnehin unbequem, wurde es noch mehr durch die Persönlichkeit, welcher dieselbe zugefallen war. Man wollte es zuerst nicht glauben, daß Josef die Jagd nicht liebte, daß Spiel verdammte und nicht einmal Maitressen hielt. Und man spottete über ihn, als man vernahm, daß er einmal, in einer Stadt angelangt und trotz seines Inkognitos von der Einwohnerschaft erkannt und begrüßt, im Wagen sich erhob, um stehend und entblößten Hauptes den Willkomm derer, die doch seine Unterthanen waren, entgegen zu nehmen.

Josef sah bald ein, daß seine gutgemeinten Versuche, dem alten vermoderten Reichskörper frische Lebenskraft einzuflößen, keinen Erfolg haben würden. Deswegen beschränkte er sich darauf, in den weiten Erblanden seines Hauses die Pläne, welchen er nachstrebte, zur Geltung zu bringen. Aber wie in Deutschland die einzelnen Fürsten, so widerstand ihm hier seine eigene Mutter. Sie hatte ihn allerdings nach dem Tode ihres „Franzl", wodurch sie schwer gebeugt worden, zum Mitregenten erwählt. Allein bei den ersten Neuerungen, welche der junge Monarch schaffensfreudig und thatkräftig anordnete, erhob sich ein solches Gezeter, daß Maria Theresia stutzig wurde. Man flüsterte ihr in das Ohr, daß Josef nach der Alleinherrschaft strebe, und sie war leider zu bereit, diese Eingebungen auf sich wirken zu lassen. Edel, rein und stolz, wie Josef es war, mußte er dadurch verstimmt werden. Er haderte nicht mit seiner Mutter, er suchte sich nicht ein Recht zu erzwingen, zu welchem er vielleicht sogar befugt war, sondern er verzichtete großmüthig auf eine Thätigkeit, welche ihn in einen solchen Verdacht brachte. Den Kummer, welchen er darüber empfand, suchte er am liebsten auf Reisen zu verwinden. Aber selbst in der Art und Weise, wie er diese unternahm, fanden Zwischenträger allerhand Anlaß, Maria Theresia zum Verdacht wider ihren Sohn aufzureizen. Er wohnte in schlichten Gasthäusern, suchte die Berührung mit dem Volke und verkehrte zwanglos mit allen Klassen desselben. Als er einst unter einem jener idealen, echt menschlichen Impulse den Bauer ablöste, welcher eben den Pflug geführt hatte, um selber die Ackerfurche für die kommende Aussaat in das Erdreich zu prägen, wurden seine Gegner in Wien nicht müde, auch daraus Kapital für die unlautersten Verdächtigungen zu schlagen. Um so mehr jauchzte ihm die Bevölkerung zu. Selbst im Auslande flogen ihm die Herzen entgegen, wo er sich zeigte. Bei dem Besuche, welchen er im Jahre 1777 dem Hofe von Versailles machte, erregten seine Einfachheit und Mäßigkeit der Lebensweise eine um so größere Bewunderung, als seine Schwester Maria Antoinette gerade den Hang zum Gegentheil bekundete. Josef unterließ es damals nicht, ihr deswegen ernste Vorstellungen zu machen, die allerdings an den Ohren der schönen, oberflächlichen Frau vorüber hallten, ohne den geringsten Eindruck auf sie zu machen. Schon vorher, im Jahre 1769, hatte er zu Neisse seine berühmte Zusammenkunft mit Friedrich dem Großen. Auch diesmal waren harte Kämpfe mit seiner Mutter zu bestehen, bis sie die Einwilligung zu dieser Reise ertheilte. Die Bewunderung für den großen Gegner mußte er jedoch unterdrücken, wie aus den vertraulichen Briefen hervorgeht, welche er damals an Maria Theresia schrieb. „Der König", heißt es in einem derselben, „hat uns mit Höflichkeit und Freundschaft überhäuft, aber alle seine Vorschläge lassen herausfühlen, daß man es mit einem Schelm zu thun hat." Um so wohlwollender fällt das Urtheil aus, welches der Philosoph von Sanssouci in einem Schreiben an Voltaire über Josef abgiebt. „Ich bin in Mähren gewesen und habe da den Kaiser besucht, der sich anschickt, in Europa eine große Rolle zu spielen. Er ist an einem bigotten Hof aufgewachsen und hat den Aberglauben abgestreift; er ist in Pracht und Prunk auferzogen und hat einfache Sitten angenommen; er wurde mit Weihrauch großgenährt, und er ist bescheiden; er glüht von Ruhmbegierde und opfert seinen Ehrgeiz der kindlichen Pflicht; er hat nur Pedanten zu Lehrern gehabt und besitzt doch Geschmack genug, Voltaires Werke zu lesen und zu bewundern."

So gehemmt in seinen Einwirkungen auf die inneren Verhältnisse seiner Lande, suchte er wenigstens in der auswärtigen Politik Erfolge zu gewinnen. Aber gerade hierin muß ihm die Nachwelt ihre Anerkennung am Allerentschiedensten vorenthalten. Sein Lieblingsplan war bekanntlich die Theilung Polens, und daß er dieselbe durchsetzte, ist im Interesse der augenblicklichen Verhältnisse auf das Bitterste zu beklagen. Hören wir, was ein großer Historiker darüber urtheilt: „Wie der Nutzen, so ist auch die Verschuldung Josefs bei diesem Raubgeschäft großen Stils größer gewesen als die Friedrichs. Durch des großen Königs Walten im Krieg und im Frieden war Preußen eine europäische Macht geworden, aber eine Großmacht, welche bedenklich einer auf ihre Spitze gestellten Pyramide glich. Es galt, derselben eine bessere, eine breitere Basis zu verleihen. Das schreiende Mißverhältniß zwischen der militärisch-politischen Stellung und Bedeutung Preußens und der materiell-territorialen Unterlage

Grafen Andrassy einen warmen Nachruf. Andrassy, so führte Plener aus, war die bedeutendste politische Figur des letzten Abschnittes der österreichischen Geschichte, er war Mitschöpfer der neuen staatsrechtlichen Gestaltung unserer Monarchie. Als Minister des Aeußern hat er das Ansehen und die Machtstellung des Reiches wesentlich gehoben, er war der Begründer des deutsch=österreichischen Bündnisses. Sein Name wird immer eine erste Stelle in den Reihen unserer Staatsmänner einnehmen. Der Klub schloß sich dieser Beileidskundgebung an und beauftragte seinen Obmann, im Namen des Klubs auf dem Drahtwege eine Beileidskundgebung an die Gräfin=Wittwe zu richten.

Frankreich.

* **Paris,** 18. Februar. Wie nach der „M. Ztg." verlautet, wird das Ministerium Tirard in Folge der vorgestrigen Wahlniederlage zurücktreten.

Serbien.

* **Belgrad,** 18. Februar. In der Skupschtina wird der Antrag eingebracht werden, den gewesenen Finanzminister Rakic in Anklagestand zu versetzen, weil er statt der bewilligten fünf Millionenanleihe eine solche von zehn Millionen Francs abschloß, durch welche der Staat um eine halbe Million geschädigt worden ist.

Militärisches.

= Das Monatsavancement, welches vom 15. datirt, enthält die durch Pensionirung von 4 älteren Generalmajors hervorgerufenen Veränderungen. Es sind in Genehmigung ihrer Abschiedsgesuche als Generallieutenants zur Disposition gestellt die Generalmajors Baumann, Inspekteur der 2. Landwehr=Inspektion in Bromberg, v. Renthe, genannt Fink, Kommandeur der 35. Inf.=Brigade in Flensburg, Rhein, Kommandeur der 44. Inf.=Brigade in Kassel und Blecken v. Schmeling, Komm. der 9. Feld.=Art.=Brigade in Altona. Die 2. Landwehr=Inspektion soll am 1. April cr. eingehen, dennoch aber ist ein neuer Inspekteur in der Person des Obersten Nitschmann, bisher Chef der Bekleidungs=Abtheilung im Militärökonomie=Departement des Kriegsministeriums ernannt. An Stelle des letzteren Offiziers ist der Oberst v. Treskow, bisher Kommandeur des 95. Inf.=Regts. getreten. Zum Kommandeur der 35. Inf.=Brigade ist der Generalmajor v. Lundblad von der Armee, bis vor Kurzem Oberst und Komm. des 2. Gren.=Regts., ernannt. Die Führung der 44. Inf.=Brigade ist dem Oberst von Chappuis vom 115. Inf.=Regt. übertragen, und zum Komm. der 9. Feld=Art. Brigade ist der Oberst Knobbe vom 16. Feld=Art.=Regt. ernannt. Die frei gewordenen Regimenter sind durch ältere Oberstlieutenants als Führer besetzt, jedoch außer der Tour, so daß Beförderungen zu Obersten nicht stattfinden konnten. Im Uebrigen trafen die wenig zahlreichen Veränderungen nur die unteren Chargen. Wir zählen 9 Beförderungen zu Majors, 19 zu Hauptleuten bezw. Rittmeistern, 14 zu Premierlieutenants und 14 zu Sekondelieutenants. Abgegangen sind außer den 4 Generalmajors 1 Oberstlieutenant, 1 Major, 9 Hauptleute bezw. Rittmeister, 4 Premier= und 11 Sekondelieutenants. Die Veränderungen im Beurlaubtenstande sind noch nicht veröffentlicht worden.

= Wie früher mitgetheilt, hat die volle Ausstattung der neuen Armeekorps mit technischen Truppen und Trainformationen erst beim Ablauf des Septennats stattzufinden. Dem XVII. Armeekorps ist das bisher zum II. Armeekorps gehörige, in Thorn stehende Pionier=Bataillon 2 zugetheilt worden, das II. Armeekorps erhält dafür ein dem Pionier=Bataillon 3 zu entnehmendes Halbbataillon. Das bereits bestehende Pionier=Bataillon 16 ist zum XVI. Armeekorps bestimmt. Letzterem ist zunächst eine Train=Kompagnie des Train=Bataillons 15 zugetheilt, dem XVII. Armeekorps eine Kompagnie vom 1. und eine Kompagnie vom 4. Train=Bataillon. Von der Zeit ab zählen die Train=Bataillone 1., 4. und 15. demnach nur 2 statt 3 Kompagnien. Die Train=Inspektion, deren Aufhebung schon für das Etatsjahr 1890/91 in Aussicht genommen war, wird der „Post" zufolge zunächst noch weiter bestehen, daher auch die völlige Unterstellung der Train=Bataillone unter die Generalkommandos bezw. Feld=Artillerie=brigaden fürs Erste unterbleiben. Dem XVI. Armeekorps wurde das in Metz und Diedenhofen stehende Fuß=Artillerieregiment 8 (bisher zum VIII. Armeekorps gehörig) zugewiesen, dazu gehört ferner das sächsische Fuß=Artillerie=Regiment Nr. 12, attachirt ist das 1. Bataillon bayerischen Fuß=Artillerie=Regiments 2. Das XVII. Armeekorps wird das Fuß=Artillerie=Rgt. 11 in Thorn (bisher beim II. Armeekorps) erhalten.

Prozeß Friedenstein und Genossen.

Berlin, 19. Februar.

In Fortsetzung der gestrigen Verhandlungen im Prozeß Friedenstein wurde bei der Zeugenvernehmung zuerst der Schriftsteller Rosé gehört. Derselbe, welcher als Anzeigensammler der „Reisezeitung" nach der Schweiz, Italien, Paris ꝛc. gereist ist, hat von dem Angeklagten die Weisung erhalten, die Auflage auf 10 bis 18 000 anzugeben. Auf seiner ersten Reise habe er die „Internationale Reisezeitung" nirgends vorgefunden. Bei der Reise nach Paris habe er schon vielerlei Ungünstiges über das Unternehmen des Angeklagten und den letzteren selbst erfahren. Er habe schließlich den Angeklagten selbst darüber befragt, wie es denn komme, daß so viele Leute Schlechtes über ihn sprechen, er habe aber die stolze Antwort erhalten: „Ich will nicht geliebt, sondern nur gefürchtet sein!" Der Zeuge ist schließlich, angewidert von dem Geschäftsgebahren des Angeklagten, in Zwist von diesem geschieden und von demselben noch durch eine Bekanntmachung Friedenstein's in der „Reise=Ztg." beleidigt worden, wodurch dem Publikum bekannt gegeben wurde, daß gegen Rosé wegen Erpressung denunzirt worden sei. Diese Denunziation ist allerdings von dem Angeklagten ergangen, aber erfolglos geblieben. Fräulein Götzki, welche Buchhalterin bei der „Reise=Zeitung" gewesen, weiß, daß die Zeitung in 1000 bis 5000 Exemplaren erschien, bis auf die beiden letzten Nummern, welche 10 000 Exemplare hatten, weil damals die Polizei dem Angeklagten bereits auf den Fersen war. Manchmal sind auch Doppelnummern gedruckt worden, d. h. Zeitungen mit gleichem Inhalt, welche nur verschiedene Nummern erhielten. Klagen von Inserenten seien nicht eingegangen. Ueber die Zeugen, welche die Staatsanwaltschaft aufgeboten hat, um in den einzelnen Fällen einen vorliegenden Betrug zu erweisen, ist nicht viel zu berichten. Bei dieser Gruppe von Zeugen handelt es sich fast ausschließlich um Restaurateure, Hoteliers, Inhaberinnen von Pensionaten ꝛc. ꝛc. Dieselben haben über die Aufnahme von Anzeigen nur theilweise mit dem Angeklagten selbst verhandelt; in den meisten Fällen haben die Agenten desselben, namentlich ein gewisser Grünwald, ihre Ueberredungskünste angewendet, um die betreffenden Personen zur Aufgabe von Anzeigen zu bewegen. Daß dabei mit dicken Farben aufgetragen wurde, ergiebt sich aus den Einzelvernehmungen. So erzählte ein Zeuge, daß der Angeklagte seinen Zweifeln über das vortheilhafte Annonciren in der „Reisezeitung" mit der „protzigen" Bemerkung begegnete: „Sie haben von meinem Geschäfte gar keine Ahnung. Die Zeitung hat eine kolossale Verbreitung in allen Städten des In= und Auslandes." Aehnlich haben sich die Agenten geäußert: „Die „Reisezeitung" erscheine in 60—80 000 Exemplaren, sie sei über den ganzen Kontinent verbreitet, gewähre den Inserenten die Aussicht, gute Kunden zu erhalten, andere große Blätter seien gar nichts gegen die Reisezeitung" ꝛc. ꝛc. Ein Theil dieser Zeugen scheint die Flunkereien für baare Münze gehalten zu haben, denn sie erklären, daß sie „sich schön bedankt haben würden", wenn sie gewußt hätten, daß die Zeitung nur in einer Auflage von 2—3000 erschien. Andere scheinen nicht einzig durch die große Auflageziffer bewogen worden zu sein. „Ich habe eine Annonce aufgegeben, weil der Agent sehr aufdringlich war und ich denselben gern los sein wollte", so äußerte eine der vernommenen Geschäftsfrauen, und eine andere tritt dieser Kritik der Annoncen=Sammler mit der Bemerkung bei: „Diese Herren haben ja solche Ueberredungskunst, daß man schließlich Ja sagt. Da wird einem so viel vorgeschwindelt, daß man schließlich froh ist, wenn die Sache beendet ist!" Der Angeklagte selbst meint, daß er doch nicht für Alles verantwortlich gemacht werden kann, was die Agenten den Leuten vorschwatzen. Er erwidert: „Was Agenten zusammenlügen, ist ja bekannt. Die Inserenten haben gar nicht denken können, daß die „Reisezetg." eine so riesige Auflage hat, denn wenn dies der Fall gewesen wäre und ich so billige Inseratenpreise berechnet hätte, dann müßte ich Rothschilds Geld haben!" Die Beweisaufnahme über die Betrugsfälle endet mit der Verlesung der kommissarischen Vernehmungen einzelner auswärtiger Polizei= und Bahnbeamten, aus welchen hervorgeht, daß die Auslegung der Zeitung auf Bahnhöfen und in Eisenbahnwagen ziemlich ungeregelt und mangelhaft war. Hierauf werden die Verhältnisse der Zeitung „Neu=Berlin" erörtert. Präs.: Sollte das Blatt ein politisches Blatt sein? Angekl.: Ja wohl, ein kartellpolitisches Blatt. Präs.: Das Kartell wird sich wohl für dieses Organ bedanken. Der Hauptzweck dieses Blattes scheint nur gewesen zu sein, Schmutz zu verbreiten und Gelder zu erpressen, denn sonst ist es nicht zu erklären, wie in den Spalten dieses Blattes plötzlich die gemeinsten Klatschgeschichten aus Familie und Theater erschienen. Angekl.: Ich bin s. Z. für das „Berliner Fremdenblatt" nach Kopenhagen zur Ausstellung gereist und schrieb pikante Berichte von dort. Diese wurden von der „Kreuzztg." und anderen Blättern nachgedruckt, und da habe ich mir gesagt, es sei doch wohl nothwendig, daß ein solches Blatt erscheine. Ich habe ein rücksichtsloses Blatt gehabt, aber Niemand wird mir nachweisen können, daß ich von irgend Jemand Geld erpreßt habe. Das von dem Mitangeklagten von München hierher gesandte Programm, welches acceptirt wurde, hieß „Rücksichtslos nach allen Seiten!" Der Angeklagte Landsberger erklärt, daß er als ganz junger unerfahrener Journalist in München mit Friedenstein bekannt und dafür interessirt worden sei, an einem neu zu begründenden Blatt mitzuwirken, „welches die Wahrheit stets ungeschminkt an den Tag bringe". Während seiner Thätigkeit in der Redaktion sei ihm kein Fall bekannt geworden, welcher auf Erpressung zu deuten war. Er habe von den geschäftlichen Dingen gar keine Kenntniß gehabt und auch keinen Artikel geschrieben, welcher sich auf Börsen=Prospekte u. dergl. bezog. Erst sehr spät seien ihm allerlei ungünstige Gerüchte über Friedenstein zu Ohren gekommen, er habe aber nicht seine Thätigkeit sofort abbrechen können, da er durch Kontrakt und Konventionalstrafe gebunden war. Friedenstein erwähnt noch, daß ursprünglich ein Herr Triest Eigenthümer der Zeitung war. Der erste Fall der Beleidigungen betrifft den Gesangslehrer Prof. M. In einer Briefkastennotiz der Zeitung „Neu=Berlin" erschien in der Form einer Antwort auf eine Anfrage eine höhnende Bemerkung über den „Backenzahn=Professor" M. In einer nächsten Nummer wurden die „Scherze" über den Backenzahn=Professor weiter fortgesetzt. Es wurde darin erzählt, daß derselbe der Typus des „italienischen Gesangslehrers" sei, wie sie in Berlin zu Dutzenden ihr Wesen treiben. Der Herr Prof. M. sei gleichfalls einer von denen, bei welchen gesangslustige junge Damen nichts lernen, welche aber ihren Ruhm selbst mit allen Mitteln der Reklame ausposaunen, in ihren Stammlokalen gern die Abenteuer ihres Lebens zum Besten geben ꝛc. ꝛc. Der Angeklagte Friedenstein behauptet, daß die erste Briefkastennotiz ihm von dem Kaufmann B. zugestellt und von ihm nur „mundgerecht" gemacht worden sei. Der zweite Artikel rühre vom Mitangeklagten her. Letzterer giebt dies zu, mit dem Bemerken, daß ihm jede Absicht der Beleidigung fern gelegen habe. Er habe denselben auf Wunsch Friedensteins geschrieben, um den in der Weltstadt herumlaufenden Gesangs=Professor als bestimmte typische Gestalt zu schildern. Die in dem Artikel geschilderten Thatsachen seien wahr. Präs.: Das ist auch so ein Fall, wo M. eines Tages eine schrift=

---

dafür mußte wenigstens annähernd ausgeglichen werden. Eine solche Entschuldigung konnte Josef nicht für sich anführen. Das Ländergebiet Oesterreichs war wahrlich bedeutend genug, um eine Großmacht zu bilden."

Maria Theresias Rechtsgefühl stand absolut nicht im Einklang mit den Anschauungen Josefs in dieser Frage. Wenn sie seinem stürmischen Drängen schließlich nachgab, so that sie es doch nicht, ohne der Nachwelt ein unwiderlegliches Zeugniß zu hinterlassen, wie anders sie solcher Erwerbung gegenüber stand. „In dieser Sach", so schreibt sie an Kaunitz, „wo nit allein das offenbare Recht himmelschreit wider uns, sondern auch alle Billigkeit und gesunde Vernunft wider uns ist, mueß bekhennen, daß zeitlebens nit so beängstiget mich befunden und mich sehen zu lassen schäme." Nach dem Zeugnisse Friedrichs des Großen hat Maria Theresia freilich eine ganz andere Rolle hierbei gespielt „Ich ließ meine Ansprüche auf Polen", so erzählte er einmal dem Landgrafen Karl von Hessen=Kassel bei Tische, „untersuchen, und da ich sie nicht unbegründet fand, baute ich meinen Plan darauf. Die Kaiserin von Rußland nahm ihn alsbald an, aber Maria Theresia war viel zu gewissenhaft, darauf einzugehen. Ich schickte darauf Edelheim nach Wien, um den Beichtvater zu gewinnen, welcher sie überzeugen sollte. Darauf fing sie an schrecklich zu weinen. Unterdessen drangen die Truppen der drei Theilhaber in Polen ein und bemächtigten sich ihrer Antheile; Maria Theresia unter beständigem Weinen. Aber plötzlich hörten wir zu unserer großen Ueberraschung, daß sie viel mehr genommen hätte als den ihr bestimmten Theil; denn sie weinte und nahm ohne Aufhören, und wir hatten viele Mühe, daß sie sich mit ihrem Antheil am Kuchen zufrieden gab."

In jedem Falle trifft die Hauptschuld an der Zerstückelung Polens wohl Josef. Zurückrollen lassen sich die Dinge nun einmal nicht; aber österreichische sowohl als auch preußische Staatsmänner mögen oftmals daran gedacht haben, ob es nicht besser für beide Reiche sei, wenn sie nicht den polnischen Pfahl in ihrem Fleische stecken hätten.

Der Tod Maria Theresias gab ihrem Sohne die lange ersehnte Aktionsfreiheit. Friedrich der Große, der scharfe Beobachter seiner Zeitgenossen, sagte sogleich, als die Botschaft von dem Hinscheiden seiner ehemaligen Gegnerin nach Potsdam gelangte: „Das ist ein junger Mann, auf welchen man sein Augenmerk haben muß. Hat Kopf, könnte viel ausrichten! Schade nur, daß er immer den zweiten Schritt thut, bevor er den ersten gethan hat." Treffender und zugleich kürzer ist wohl selten Josef von einem seiner Zeitgenossen im Voraus beurtheilt worden. Allerdings bemaß der alte Fritz das Alter des neuen Souveräns nach dem seinigen; der „junge Mann" zählte bereits neununddreißig Jahre. Schon vorher hatte Josef, je nach dem Maria Theresia den Einflüsterungen, welche sich an sie heranwagten, mehr oder minder das Ohr verschloß, eine ganze Anzahl von segensreichen Neuerungen durchgesetzt. So war im Jahre 1767 das Verbrechen der Ketzerei aus dem österreichischen Strafgesetzbuch gestrichen worden. Mit der Abschaffung der „peinlichen Frage" wurde im Jahre 1775 die Folter, jener gräßliche Rest aus dem mittelalterlichen Gerichtswesen, aufgehoben. Auch in das tiefe kirchliche Dunkel fielen bereits damals die ersten lichten Strahlen der aufsteigenden Glaubensfreiheit. Im Jahre 1768 setzte Josef durch, daß der ungeheure geistliche Besitz eben so gut einer Besteuerung unterliege, wie die Habe der übrigen Unterthanen. Das überwuchernde Bruderschaftswesen und die allzuhäufige Veranstaltung kirchlicher Umgänge erfuhren eine heilsame Beschränkung. Wer das Ordensgelübde ablegen wollte, mußte mindestens das einundzwanzigste Lebensjahr überschritten haben. Alle diese Bestimmungen mußten jedoch Maria Theresia abgerungen werden, und die Kämpfe, welche Josef deshalb mit seiner hochverehrten Mutter zu bestehen hatte, legen ein ehrendes Zeugniß ab für die Thatkraft seines Willen. Nun sie todt war, hörten sie von selber auf. Das Programm, womit seine Selbst= und Alleinherrschaft eröffnet wurde, ließ Niemanden in Zweifel über das, was bevorstand. „Ein Reich," so hieß es, „welches ich regiere, muß nach meinen Grundsätzen beherrscht, Vorurtheil, Fanatismus, Parteilichkeit, Sklaverei des Geistes unterdrückt und jeder meiner Unterthanen in den Genuß seiner angeborenen Freiheit gesetzt werden." Wie aus einem Füllhorn flossen nun die Segnungen derselben auf die darnach lechzende Menschheit hernieder. Leider war sie nicht gereift genug, um sich auf die Dauer des Glückes bewußt zu werden, welches ihr der große Menschenfreund auf dem Throne zugedacht hatte.

Sie lassen sich nicht an dieser Stelle herzählen — alle die Umwälzungen, welche nun innerhalb kürzester Frist vorgenommen wurden. Den Bauernstand erlöste Josef von dem Frohnzwang, welchen dieser bisher von Seiten des feudalen Großgrundbesitzes über sich ergehen lassen mußte. Indem er siebenhundert Klöster aufhob, machte er Raum für die Bürgerschaft, welche innerhalb ihrer Mauern diese Nachbarschaft des Nichtsthuens gegenüber ihrem eigenen Ringen um das tägliche Brot sehr unbequem empfand. Es waren nur „diejenigen Orden, welche dem Nächsten ganz und gar unnütz sind, darum auch nicht gottgefällig sein können, als diejenigen Orden, welche keine Jugend erziehen, keine Schule halten, keine Kranken pflegen, sondern, sowohl männliche als weibliche, bloß „vitam contemplativam" führen. Das Zetergeschrei, welches durch diese Maßregel erhoben wurde, hallte von einem Ende der Monarchie bis zum andern. Zu der Feindschaft, in welcher der feudale Großgrundbesitz wider ihn entflammt war, kam damit nun noch diejenige der Kirche. Beide mächtigen Gegner hat Josef niemals wieder versöhnen können. Seine religiöse Duldsamkeit erstreckte sich auf alle Glaubensbekenntnisse; auch in seinem Staate sollte Jeder nach seiner eigenen Façon selig werden dürfen. Man sieht, der Geist Friedrichs des Großen war auf Josef übergegangen. Auch der Presse gegenüber vertraten beide Monarchen dieselben Anschauungen. Wie von Preußens König der geflügelte Ausdruck herrührt: „Gazetten dürfen nicht genieret sein", so sagte Josef im ähnlichen Sinne: „Kritiken, wenn es nur keine Schmähschriften sind, sie mögen nun treffen, wen sie wollen, vom Landesfürsten bis zum Untersten, sollen, besonders wenn der Verfasser seinen Namen dazu drucken läßt und sich also für die Wahrheit der Sache dadurch als Bürgen darstellt, nicht verboten werden, da es jedem Wahrheitsliebenden eine Freude sein muß, wenn ihm solche auf diesem Wege zukommt." Leider konnte der unvermittelte Uebergang von den alten verzopften Zuständen zu den Neuerungen, welche Josef seinen Unterthanen schenkte, nicht ohne schädliche Folgen bleiben. Die Menschheit, so lange an das Dunkel gewöhnt, vermochte die Sonnenstrahlen der Freiheit nicht zu ertragen. So sah sich Josef genöthigt, bald eine Verordnung aufzuheben, eine andere einzudämmen. Dazu kam, daß die Entschiedenheit, mit welcher er dem Deutschthum innerhalb seiner vielsprachigen Staaten Geltung zu verschaffen suchte, die fremden Nationen wider ihn in Harnisch brachte. Als er zum Tode erkrankte, stand sein Sterbebett inmitten der Trümmer der Werke, welche er geschaffen. Auf die Kunde von seinem Zustande jubelten die Dunkelmänner auf in dem Spottverse, welchen in Umlauf zu setzen sie sich nicht einmal entblödeten: „Des Bauern Gott — des Bürgers Noth — des Adels Spott — liegt auf den Tod". Inzwischen harrte der gekrönte Dulder gefaßt des Sensenmannes, welcher ihn hinwegrufen würde. Mit dem Ausspruch: „Ich glaube, meine Pflicht als Mensch und Regent erfüllt zu haben", schied er den 20. Februar 1790 aus dem Leben, welches für ihn ein steter und meist fruchtloser Kampf gewesen war.

---

liche Aufforderung erhielt, auf „Neu-Berlin“ zu abonniren, und als er es nicht that, heruntergerissen wurde. Angekl. Friedenstein bestreitet, daß er diese schriftliche Aufforderung erlassen habe. Ferner handelt es sich um einen Artikel, durch welchen sich die Inhaber des Modebazars Gerson u. Co. beleidigt fühlen. Als der Bazar am 1. April eröffnet wurde, erschien zuerst ein lobender Artikel, dem aber bald ein anderer folgte, in welchem über allerlei Unsoliditäten, „Bazarwaare“ u. s. w. gesprochen wurde. Auch dieser Artikel war in Form einer Briefkasten-Notiz gehalten und theilte irgend einem Fragesteller mit, daß die alte, solide Firma „Hermann Gerson“ in gar keiner Verbindung stehe mit dem Modebazar Gerson u. Co. Die Inhaber des Letzteren fühlen sich dadurch beleidigt, da sie aus der ganzen Form dieser Notiz glaubten ersehen zu müssen, daß die in dem ersten Artikel enthaltenen Vorwürfe der Unsolidität sich auf sie beziehen sollen und in der Verweigerung einer Annonce ihren Grund haben. Der Angekl. Friedenstein bestreitet, daß sich die Schilderung von einer in einem Modebazar vorgekommenen Unsolidität auf die Firma Gerson u. Co. beziehe: „Er sei sogar zur Eröffnung des Geschäfts eingeladen gewesen, wo es Champagner und kaltes Büffet gegeben, und habe dafür einen lobenden Artikel gebracht.“ Ein weiterer zur Anklage stehender Artikel betrifft das „Concert de Noblesse“ in der Friedrichstraße. Bei dem Besitzer desselben, Herrn Könnecke, erschien eines Tages ein Mann, welcher um Inserate für „Neu-Berlin“ ersuchte. Als dieses Verlangen abgelehnt wurde, brachte die Zeitung zwei Artikel unter der Ueberschrift „Zwischen 9 und 10 Uhr im „Concert de Noblesse“ und „Eine Reise durch die Berliner Nachtlokale“, in welchen die Verhältnisse in jenem Restaurant in äußerst hämischer Weise dargestellt und ein angeblicher Skandal geschildert wurde, welchen 20 Studenten dort verübt haben sollten. Der Angeklagte Fr. erklärt, daß von ihm nur der zweite Artikel herrühre, während der erste von dem Schauspieler Tourner eingeschickt sei. Damit wurde die Verhandlung um 3½ Uhr Nachmittags unterbrochen und auf heute, Mittwoch, 9 Uhr Vormittags, vertagt. (Voss. Z.)

Vermischtes.

† **Albert Frachettis** Musikdrama „Asrael“, dessen Erfolg im Hamburger Stadttheater bereits telegraphisch gemeldet wurde, behandelt die Erlösung eines gefallenen Engels durch die Macht der Liebe. Das Textbuch enthält viele Längen und Schwächen, die Musik jedoch ist reich an schönen Melodien und gewaltig wirkenden Chören. Der Komponist hat bei Rheinberger in München und Dräsecke in Dresden studirt und gehört der deutschen Schule an. Dem Komponisten wurde am Schluß der Vorstellung durch Herrn Kapellmeister Schröder ein goldener Lorbeerkranz überreicht.

Lokales.

Posen, den 20. Februar.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet: ein Bettler. — Nach dem Stadtlazareth geschafft: ein obdachloser, kranker Kommis aus Kulm. — Entlaufen: ein brauner Jagdhund mit schwarzledernem Halsbande und Messingschilde auf dem Alten Markt, und zwar an der Ecke der Franziskanerstraße. — Zugelaufen: zwei Gänse Badegasse Nr. 2. — Gefunden: ein Damenhut in einer Droschke und ein Arbeitsbuch, auf den Namen Joseph Blajecki lautend.

Aus der Provinz Posen
und den Nachbarprovinzen.

E. **Inowrazlaw,** 19. Febr. [Unfall.] Gestern hat der Gutsbesitzer Studt auf Kruck bei Inowrazlaw einen schweren Unfall erlitten. St. war im Begriff, mit seinem Fuhrwerk über das Bahngeleise zu fahren, als plötzlich eine Achse des Wagens nebst Rad brachen. St. wollte die Speichen des Rades abhauen, die Pferde scheuten aber, zogen an und schleiften ihn mit fort, wobei er einen Arm- und Beinbruch erlitt.

* **Thorn,** 18. Februar. [Herrn Professor Hirsch] wurden heute aus Anlaß seines 50jährigen Bürgerjubiläums, wie die „Th. Ostd. Ztg.“ schreibt, mannigfache Aufmerksamkeiten bereitet. Unter andern brachten die städtischen Behörden ihre Glückwünsche durch eine Deputation, bestehend aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung dar, die Liedertafel erfreute ihren früheren langjährigen Dirigenten durch ein Ständchen, eine große Anzahl Freunde und Verehrer des Jubilars haben ihm und seiner Familie zu dem seltenen Ehrentage gratulirt.

Handel und Verkehr.

** **Berlin,** 19. Februar. [Konkurs-Nachrichten.] In dem Konkurse über das Vermögen 1) des Wollwaaren-Fabrikanten Julius Freund jr. hier, stellte der Verwalter Brinckmeyer im Prüfungstermin den Forderungen ohne Vorrecht von 98 547 M. eine Dividende von 8 Proz. in Aussicht; 2) des Kolonialwaaren-Händlers Th. Braunach wurde im ersten Termin den ca. 12 200 Mark betragenden Forderungen eine Dividende von 6¼ Proz. in Aussicht gestellt. — Der Konkurs der Handelsgesellschaft Heidenhain und Hoffmann ist durch einen bestätigten Akkord beendet. — Konkurs ist eröffnet: 1) über das Vermögen des Spielwaarenhändlers Zacharias Pulmann hier, Landsbergerstraße 66/67 und Friedrichstraße 87 sowie Filialen in Elberfeld und Dortmund, Konkursverwalter ist der Kaufmann Fischer, Alte Jakobstraße 172. Anmeldefrist 1. April. Termin 18. März; 2) des Kaufmanns Max Löwenstein, Gartenstraße 171, Konkursverwalter ist der Kaufmann Conradi, Weißenburgerstraße 65. Anmeldefrist 10. April, Termin 10. März cr.; 3) des Kaufmanns Carl Otto hier, Grüner Weg 36. Konkursverwalter ist der Kaufmann Gödel, Neanderstraße 10. Anmeldefrist bis 10. April, Termin 10. März cr.

** **Berlin,** 19. Februar. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Trotz der sehr starken Zufuhr setzten die Verkäufer bei Kalbfleisch und Hammelfleisch höhere Preise durch. Rind- und Schweinefleisch unverändert. Langsames Geschäft. Wild und Geflügel. Wild knapp. Rehe und Wildschweine höher bezahlt. Ausreichende Zufuhr in Geflügel, Puten und Hühner etwas reichlicher, ruhiges Geschäft, Preise unverändert. Fische. Sehr geringe Zufuhren in Fluß- und Seefischen, Preise ziemlich hoch und fest. Butter. Feine Marken knapp, Preise gestiegen. Auch für frische Landbutter etwas mehr Nachfrage. Käse. Unverändert ruhig. Gemüse, Obst und Südfrüchte unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 55—58, IIa 46—52, IIIa 38—42, Kalbfleisch Ia 58—65, IIa 50—55, Hammelfleisch Ia 50—55, IIa 45—48, Schweinefleisch 56—64, Bakonier do. — M., russisches do. 52 bis 54 M. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 85—100 M. Speck, ger. 80 M. per 50 Kilo.

Wild. Damwild per ½ Kilo 0,50—0,75, Rothwild per ½ Kilo 0,46—0,54, Rehwild Ia 1,00—1,20, IIa bis 0,95, Wildschweine 0,50 bis 0,65 M.

Wildgeflügel. Fasanenhähne 3,50—5,00 M., Birkhähne 2,25—2,35 M., Wildenten 1,50—2,00 M., Seeenten 0,40—0,50 M., Schneehühner 1,30—1,35 M., Krammetsvögel — M.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse —,— M., Enten 1,70 bis 2 M., Puten 3,70—6,00 M., Hühner, alte 1,50 Mk., do. junge — Mk., Tauben 0,50—0,60 Mk. per Stück.

Fische. Hechte p. 50 Kilogr. 65—70 M., Zander klein — M., Barsche 63 M., Karpfen, große 85 M., do. mittelgr. 72 M., do. kleine 69 M., Schleie 70 M., Bleie, — M., Aland 50, bunte Fische (Plötze u. s. w.) 30—35 M., Aale gr. — M., do. mittelgroße — Mk., do. kleine — Mk., Krebse, große pr. Schock — M., mittelgr. 2,50—4 Mk., do. kleine, 10 Centimeter, 1,50—1,75 Mk.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 106—110 Mk., IIa. 98 bis 103 M., schlesische, pommersche und posensche Ia. 105—108 M., do. do. IIa. 98—102 Mk., ger. Hofbutter 85—95 Mk., Landbutter 72—82 M. — Eier. Hochprima Eier 2,90 Mk., Kalkeier — Mk. per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisekartoffeln 1,20—1,60 Mark, do. blaue 1,20—1,60 Mk., do. weiße 1,20—1,60 Mk., Rimpansche Delikateß 5—6 M., Zwiebeln 9—9,50 M., per 50 Kilogr., Mohrrüben lange per 50 Liter 1 Mk., Blumenkohl, per 100 Kopf 30—35 M., Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, französisch 100 Kopf 10—12 Mk., Spinat per 50 Ltr. 3,00 M., Kochäpfel — M., Tafeläpfel, tyroler — M., p. 50 Kilo, Nüsse, per 50 Kilogramm Franz. Marbots 28—30 M., franz. Lots 24—26 M., rheinische — M., rumänische — M., Haselnüsse, rund. Sicilianer 26—28 Mark, do. lang, Neapolitaner 46—50 M., Paranüsse 35—48 Mark, franz. Krachmandeln 95—100 Mark. Apfelsinen, Messina, 11—15 Mark, Zitronen, Messina 12—15 M. per 50 Kg.

Breslau, 19. Februar, 9½ Uhr Vormittags. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei schwachem Angebot Preise unverändert.

Weizen bei schwachem Angebot ruhig, per 100 Kilogr. schles. weißer 17,60—18,80—19,20 Mark, gelber 17,50—18,70—19.10 M., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen in matter Stimmung, per 100 Kilogr. 16,20—16,70—17,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 15,50—16,20—17,30 M., weiße 17,50—18,50 Mark. — Hafer schwach gefragt, per 100 Kilogramm 16—16,60 M. — Mais schwache Kauflust, per 100 Kilo 12,00—13,50—14,00 Mark. — Erbsen in matter Stimmung, per 100 Kilo 15,00—15,50—17,00 M., Viktoria 16,60—17,00—18,00 M. — Bohnen schwacher Umsatz, per 100 Kilo 15,00—16,00—17,00 M. — Lupinen schwacher Umsatz, per 100 Kilogramm gelbe 11,50—12,50—14,00 M., blaue 9,50 bis 10,50—12,50 M. — Wicken gut verkäuflich, per 100 Kilogr. 15,50 bis 16,50—17,50 Mark. — Oelsaaten schwach angeboten. — Schlaglein ohne Aenderung. Hanfsamen behauptet, 15,00—15,50—16,00 M. Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pfg. Schlagleinsaat 21,50, 20,50, 18,50, Winterraps 27,40, 26,40, 25,40, Winterrübsen 26,10, 25,10, 24,10. — Rapskuchen unverändert, per 100 Kilogr. schles. 14,25—14,50 Mk., fremder 14,00—14,40 Mk. Leinkuchen preishaltend, per 100 Kilogramm schles. 15,50—15,75 M., fremder 14,75—15,00 Mk. Palmkernkuchen behauptet, per 100 Kilogr. 12,25—12,75 M. — Kleesamen schwacher Umsatz, rother nur feine Qualitäten beachtet, per 50 Kilogr. 30—37—42—48 ., weißer unverändert, 29—36—45—58 M. — Schwedischer Klee fest, 38—40—45—50 Mark. — Tannenklee ruhig, 30—35 bis 40—48 Mk. — Thymothee matter, 24—27—29—30 Mk. — Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogramm inkl. Sack Brutto Weizen fein 27,25—27,75 Mark, Hausbacken 26,75—27,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,40 Mk., Weizenkleie 9,40—9,80 Mk. — Heu per 50 Kilogramm 3,00—3,60 Mk. — Roggenstroh per 600 Kilogramm 36,00—40,00 Mark.

Stettin, 19. Februar. Wetter: Schön. Temperatur 2 Grad Reaum., Morgens — 3 Grad R., Barom. 28,9. Wind: OSO.

Weizen fester, per 1000 Kilogramm loko 182—188 M. M. Br., per April-Mai 190—190,5 M. bez., per Mai-Juni 191 M. Br., 190,5 M. Gd., per Juni-Juli 192 M. bez. — Roggen fester, per 1000 Kilo loko 164—168 M. bez., per April-Mai 166,5 bis 167 M. bez., per Mai-Juni 165,5 M. bez., per Juni-Juli 165,5 M. bez. — Gerste ohne Handel — Hafer per 1000 Kilo loko 157 bis 163 M. — Rüböl höher, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 70 M. Br., per Februar 69 Mark Br., per April-Mai 67,5 Mark Br. — Spiritus fester, per 10 000 Liter-Prozent loko ohne Faß 70er 32,6 Mark nom., 50er 52,1 M. nom., per April-Mai 70er 32,5 M. Br. und Gd., per August-September 70er 33,9 M. Br. — Angemeldet: Nichts. — Nichtamtlich. Petroleum 11,9 M. verz. bez.

Landmarkt: Weizen 184—186 M., Roggen 164—167 M., Gerste 165—175 M., Hafer 166—170 M., Kartoffeln 25—30 M., Heu 2,75—3 M., Stroh 38—40 M. (Ostsee-Ztg.)

Telegraphische Nachrichten.

Amsterdam, 20. Februar. Seit früh 6 Uhr steht das Stadttheater in Flammen, das Innere scheint verloren, Unglücksfälle von Menschen sind bis jetzt nicht bekannt. Die Entstehung des Brandes ist noch unermittelt.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. Februar Mittags 1,40 Meter.
„ „ 20. „ Morgens 1,30 „
„ „ 20. „ Mittags 1,34 „

Börse zu Posen.

Posen, 20. Februar. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —,— L. Kündigungspreis (50er) 51,30, (70er) 31,80. (Loko ohne Faß) (50er) 51,30, (70er) 31,80.
Posen, 20. Februar. [Börsenbericht.]
Spiritus höher. (Loko ohne Faß) (50er) 51,50, (70er) 31,90. August (50er) 53,60, (70er) 33,90.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 20. Februar. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 19.			Not. v. 19.
Weizen ermattend					
pr. April-Mai	197 25	196 75	**Spiritus** ermattend		
„ Juni-Juli	196 25	195 75	70er loko o. Faß	33 50	33 40
Roggen fester			70er Februar	33 20	33 10
„ April-Mai	171 25	170 50	70er April-Mai	33 30	33 30
„ Juni-Juli	170 —	169 —	70er Aug.-Septbr.	34 70	34 70
Rüböl fester			50er loko o. Faß	53 10	52 80
pr. April-Mai	68 70	68 —			
„ Septbr.-Oktobr.	— —	— —			
Hafer					
pr. April-Mai	162 25	162 25			

Kündigung in **Roggen** — Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) 30,000 Liter, (50er) —,000 Liter.

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)

			Not. v. 19.
do.	70er loko	33 50	33 40
do.	70er Februar . .	33 10	33 20
do.	70er April-Mai .	33 30	33 40
do.	70er Juni-Juli .	34 —	34 10
do.	70er Aug.-Septbr.	34 80	34 80
do	50er loko	53 10	52 80

		Not. v. 19.			Not. v. 19.
Konsolidirte 4% Anl.	106 50	106 40	Poln. 5% Pfandbr.	66 10	66 —
„ 3½% „	102 70	102 70	Poln. Liquid.-Pfdbr	61 25	61 25
Pos. 4% Pfandbriefe	102 —	102 —	Ungar. 4% Goldrente	89 25	89 25
Pos. 3½% Pfandbr.	99 80	99 80	Ungar. 5% Papierr.	85 75	85 75
Pos. Rentenbriefe	104 —	104 —	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	178 —	177 25
Oestr. Banknoten	172 15	172 05	Oest. fr. Staatsb. ultimo	95 25	94 50
Oestr. Silberrente	76 50	76 30	Lombarden ultimo	59 50	58 25
Russ. Banknoten	221 15	221 10	**Fondstimmung**		
Russ 4½% BdkrPfdbr	99 25	99 25	fest		

Ostpr. Südb. E. S. A	88 50	88 40	Schwarzkopf	257 50	257 —
Mainz Ludwighf dto	123 90	123 70	Königs- u. Laurah.	163 —	162 —
Marienb. Mlaw dto	59 40	58 75	Dortm. St. Pr. La. A.	110 30	110 40
Italienische Rente	94 60	94 40	Inowrazl. Steinsalz	55 10	55 —
Russ 4% konsAnl 1880	94 —	94 25	Ultimo:		
dto. zw. Orient. Anl.	— —	68 90	Dux-Bodenb. Eisb A	221 75	222 50
dto. Präm.-Anl 1866	158 —	158 —	Elbethalbahn „	100 40	100 10
Rum. 6% Anl. 1880	108 50	105 25	Galizier „	83 —	82 10
Türk. 1% kons. Anl.	18 —	18 —	Schweizer Ctr. „	151 10	151 10
Pos. Provinz. B. A.	116 75	— —	Berl. Handelsgesell.	190 75	188 75
Landwrthschft. B. A.	— —	— —	Deutsche B. Akt.	178 75	178 —
Pos. Spritfabr. B. A	— —	— —	Diskonto Kommand.	241 50	240 —
Gruson Werke	177 —	176 50	Russ. B. f. ausw. H.	75 40	74 75

Nachbörse: Staatsbahn 95 —, Kredit 177 75, Diskonto-Kom. 241 25

Stettin, 20. Februar. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 19.			Not. v. 19.
Weizen behauptet					
April-Mai	191 —	190 50	**Spiritus** unverändert		
Juni-Juli	193 50	192 —	per loko 50 M. Abg.	52 10	52 10
			„ „ 70 „ „	32 60	32 60
Roggen fest			„ April-Mai 70 M.	32 50	32 50
April-Mai	168 —	167 —			
Juni-Juli	168 —	166 50	**Petroleum***)		
			do. per loko	12 —	12 10
Rüböl steigend					
Februar	70 —	69 —			
April-Mai	68 —	67 50			

*) **Petroleum** loco versteuert Usance 1¼ pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 19. Februar, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
Mullaghmor.	763	O	6	bedeckt	6
Aberdeen .	772	SO	5	bedeckt	3
Christiansund	781	OSO	4	wolkenlos	— 1
Kopenhagen	780	NO	2	Schnee	— 1
Stockholm.	782	NO	2	heiter	— 5
Haparanda	779	still		halb bedeckt	—15
Petersburg	781	WNW	1	bedeckt	— 6
Moskau .	782	S	1	Schnee	—16
Cork Queenst	759	OSO	6	Dunst	8
Cherbourg	764	OSO	4	wolkig	7
Helder . .	774	O	4	wolkig	— 2
Sylt. . .	778	ONO	3	bedeckt	— 1
Hamburg .	778	OSO	3	bedeckt [1]	0
Swinemünde	778	still		bedeckt	— 1
Neufahrwass.	778	S	1	wolkenlos	— 6
Memel . .	778	O	2	halb bedeckt	— 6
Paris . .	768	S	1	wolkenlos	1
Münster .	774	NO	6	wolkenlos	— 3
Karlsruhe .	773	O	4	bedeckt	1
Wiesbaden	774	ONO	4	bedeckt	0
München .	773	O	5	bedeckt	— 3
Chemnitz .	778	SO	1	bedeckt	— 4
Berlin . .	777	OSO	3	bedeckt	— 1
Wien . .	775	NNW	2	wolkig	— 2
Breslau .	777	NO	2	bedeckt	— 4
Ile d'Aix .	763	OSO	4	bedeckt	9
Nizza . .	768	ONO	4	wolkig	10
Triest . .	772	O	1	wolkenlos	4

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.